

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2007



## Mit Kinderpunkten in den Lebensabend

Der Beginn des Rentenalters wird auf 67 Jahre verschoben. Die „65“ gilt künftig nicht mehr als die rentenrechtliche Hausnummer des wohlverdienten Ruhestandes. Ein würdiges Alter immerhin hat diese als magisch geltende Eckzahl der deutschen Sozialpolitik erreicht: Sie markiert den Beginn des wirtschaftlichen Lebensabends schon seit 1916.

Seither hat sich nicht nur in den Wirren des vorigen Jahrhunderts einiges getan. Die Lebenserwartung ist fast kontinuierlich gestiegen. Die Anforderungen an die Zahlkraft der gesetzlichen Rentenversicherung wurden in Schüben erhöht. Beides zusammen hat – trotz steigender Beiträge und hoher Haushaltszuschüsse – die Alterskasse an den Rand ihrer Leistungskraft getrieben. Wenn das Versprechen „Die Renten sind sicher“ gehalten werden soll, dann bleibt nichts anderes übrig, als den Rentenbeginn auf später zu datieren. Das gilt allenthalben als vernünftige Lösung, zumal Vorsorge getroffen wird, dass niemand gezwungen sein wird, gegen ärztlichen Rat zwei Erwerbsjahre an seine – wie es im Amtsdeutsch heißt – Rentenbiographie anzuhängen. Dass es bisweilen schwierig ist, schon bis zum Alter von 65 Jahren kontinuierlich im Erwerb zu bleiben, ist wahr. Aber das ist ein Problem, das die Arbeitsmarktpolitik nicht an die Sozialpolitik abschieben darf.

Mit dem Verschieben des Rentenalters wird ohnehin nur einem Teil der demographischen Entwicklung Rechnung getragen. Die Rentner leben nicht nur länger, ihnen steht auch eine geringer gewordene und vielleicht sogar weiterhin geringer werdende Zahl von Beitragleistenden gegenüber. Deren Beitragslast wird schwerer und drückt auf ihre Beschäftigungschancen. Die Rentenkasse bleibt in einem labilen Zustand. Daher wird von einigen Experten für die Idee geworben, die Rentenansprüche auch an die Zahl der in einem Haushalt geborenen Kinder zu knüpfen. Mit Kinderpunkten in den Lebensabend: Das könnte das nächste Thema der Sozialpolitik werden.

Hans D. Barbier

## Treibhausgas-Bilanzen für Kraftwerke

Welcher Kraftwerkstyp stößt pro erzeugter Kilowattstunde wie viel des Treibhausgases

CO <sub>2</sub> -Ausstoß	
Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde Strom	
Braunkohle*	980 – 1 230
Steinkohle	790 – 1 080
Erdöl	890
Erdgas	640
Gas-/Dampfkraft	410 – 430
Photovoltaik	80 – 160
Kernkraft	16 – 130
Windrad	8 – 16
Wasserkraft	4 – 13

\* Schwankungsbreiten je nach Standort und Berechnungsmethode

Quellen: Paul-Scherrer-Institut und Inst. für Energiewirtschaft der Universität Stuttgart

Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) aus? Eine der wenigen Antworten darauf findet sich in den Statistiken des Paul-Scherrer-Institutes. Die Forscher haben nicht nur den laufenden Betrieb von Kraftwerken untersucht, sondern den kompletten Lebenszyklus vom Bau bis zum Abriss einer Anlage. Braun- und Steinkohlekraftwerke emittieren am meisten CO<sub>2</sub>, Wind- und Wasserkraftwerke haben die günstigste CO<sub>2</sub>-Bilanz.

[www.psi.ch](http://www.psi.ch)  
[www.ier.uni-stuttgart.de/publikationen/](http://www.ier.uni-stuttgart.de/publikationen/)

## CO<sub>2</sub>-Emissionen im Straßenverkehr

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Autoverkehrs sind im Jahr 2006 leicht gesunken (0,5 Prozent).

Autos geben derzeit im Durchschnitt 172,5 Gramm Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) pro Kilometer ab.

Seit 1998 verbesserten sich die CO<sub>2</sub>-Werte der Benzinmotoren stetig, insgesamt um elf Prozent. Bei Dieselmotoren war zwischen 1998 und 2001 zunächst eine starke CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu beobachten, seitdem steigt der Wert leicht an. Aktuell emittieren die zumeist kleineren Benzin-Pkw weniger (171,8 g/km) CO<sub>2</sub> als die Diesel-Pkw (173,4 g/km).

Der Straßenverkehr ist für 18 Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich, der Pkw-Verkehr allein verursacht 13 Prozent. Für Europa ergibt sich ein ähnliches Bild. Weltweit betrachtet hat der Straßenverkehr jedoch nur einen Anteil von 0,4 Prozent an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen.

[www.kba.de](http://www.kba.de)

## Hohe Abgabenlast für Singles

Die OECD hat ausgerechnet, dass in Deutschland die Abzüge vom Bruttolohn insgesamt zwar leicht gesunken sind, aber immer noch um rund ein Drittel über dem OECD-Schnitt liegen. Mit steigendem Bruttoeinkommen schrumpft der Abstand, mit anderen Worten: Wer in Deutschland unterdurchschnittlich verdient, wird überdurchschnittlich mit Abgaben belastet.

Besonders weit über OECD-Durchschnitt liegt die Abgabenlast für alleinerziehende Geringverdiener. So werden Alleinerziehende mit zwei Kindern und zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens hierzulande rund 20 Prozent stärker belastet als in anderen OECD-Ländern. Als Durchschnittslohn wird der Jahresbruttoverdienst eines Vollzeitarbeiters in der Industrie herangezogen; das waren in Deutschland im Jahr 2006 rund 42 000 €. Im OECD-Vergleich sind für alleinstehende Durchschnittsverdiener die Abzüge nur in Belgien höher.

[www.oecd.org/deutschland](http://www.oecd.org/deutschland)

## Stromfresser Computer

Das Statistische Bundesamt hat nachgezählt: In rund 25 Millionen privaten Haushalten steht mindestens ein Computer. Ein Durchschnitts-PC hat eine Nennleistung von etwa 75 Watt; würde jeder Haushalt den Rechner eine Stunde am Tag nutzen, ergäbe das einen Verbrauch von 1 875 Megawattstunden. Ein durchschnittliches Großkraftwerk braucht rund zwei Stunden, um diese Energiemenge zu produzieren.

Ein täglich acht Stunden lang laufender PC verursacht Stromkosten von 200 € im Jahr. Allerdings liegt die Auslastung der Computer bei lediglich 30 Prozent, nur in diesem Umfang wird mit ihnen tatsächlich gearbeitet. Die übrigen 70 Prozent bleiben ungenutzt, weil die Netzteile mit Strom versorgt werden müssen, der Rechner aber lediglich „Stand-by“ ist.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Klimaschutz durch Emissionhandel

**Der Handel mit Emissionsrechten verbindet Ökonomie und Ökologie: Umweltschutz findet dort statt, wo er am billigsten ist. Soweit die Theorie. Die ersten Erfahrungen mit dem Emissionhandel in Europa zeigen, dass er noch nicht optimal funktioniert.**

Es heißt, Politiker reden zu viel und handeln zu wenig. Beim Umweltschutz trifft das offensichtlich nicht zu. Hier wird zwar auch viel geredet, aber es wird auch vieles initiiert. Es gibt endlose Diskussionen über den UN-Klimabericht, über ein Glühlampenverbot, über eine Ächtung spritschluckender Geländewagen, über die Schädlichkeit von Flugreisen. Aber es gibt auch Ökosteuern, Verordnungen über Biokraftstoffe und Feinstaub, Verbote für umweltgefährdende Stoffe und Richtlinien für die Abfallentsorgung.

Dass bloßes Reden der Umwelt nicht hilft, wissen wir. Die Frage ist, ob die unzähligen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie die vielfältigen Beschränkungen erreichen, was erreicht werden muss: Den globalen Klimawandel bis zum Jahr 2020 zu stoppen.

### Emissionhandel in der EU

Als wirkungsvolles Umweltschutz-Instrument gilt der Handel mit Emissionsrechten. Die Idee ist einfach: Der Staat vergibt Verschmutzungsrechte an Unternehmen im Umfang der höchstens zulässigen Emissionsmenge. Aber da er nicht weiß, wo und wie im Betriebsalltag Umweltbelastungen am günstigsten vermieden werden können, lässt er die Beteiligten selbst entschei-

den. Dass das System funktioniert, zeigt der „Regional Clean Air Incentives Market“, mit dem Los Angeles in den 1990er Jahren den Ausstoß von Stickoxiden und Schwefeldioxid erfolgreich verringern konnte.

Innerhalb der Europäischen Union (EU) wird seit 2005 mit Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Rechten gehandelt. Das konkrete Ziel ist, bis zum Jahr 2012 EU-weit acht Prozent weniger Treibhausgas CO<sub>2</sub> zu emittieren als 1990. Das haben die Europäer 1997 im sogenannten Kioto-Protokoll rechtsverbindlich zugesagt.

### Zur CO<sub>2</sub>-Minderung verpflichtet

Um das Minderungsziel zu erreichen, haben die europäischen Staaten den Auf- und Ausbau eines Handelssystems in drei Phasen beschlossen. Die erste Handelsperiode endet im Dezember 2007. Für die

zweite Handelsperiode in den Jahren 2008 bis 2012 werden weniger Emissionsrechte ausgegeben. 2012 wird die Anzahl der CO<sub>2</sub>-Zertifikate nochmals verringert.

Der deutsche Anteil am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß liegt bei etwa vier Prozent. Laut Kioto-Protokoll muss Deutschland seine Emissionen bis 2012 um 21 Prozent verringern. In Deutschland sind rund 1 200 Unternehmen mit 1 849 Anlagen zum Emissionhandel verpflichtet. Für den Zeitraum von 2005 bis 2007 hat die deutsche Industrie pro Jahr 495 Millionen Emissionsrechte erhalten, also insgesamt 1 485 Millionen Zertifikate. 2008 werden die Beteiligten 40 Millionen Zertifikate weniger zugeteilt bekommen.

### Überangebot bewirkt Preisverfall

Obwohl umweltpolitisch motiviert, unterliegt der Zertifikatehandel ökonomischen Gesetzen. Jedes Unternehmen, das CO<sub>2</sub> ausstößt, erhält die staatliche Erlaubnis, eine bestimmte Menge des Treibhausgases in die Luft zu pusten. Wenn es dem Unternehmen gelingt, weniger CO<sub>2</sub> zu emittieren, kann es die ihm zugeteilten Zertifikate an andere Unternehmen verkaufen. Will es mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen, muss es zusätzliche Rechte kaufen. Es gibt also Angebot und Nachfrage nach Emissionsrechten,

### Emissionszertifikate

Zugewiesene Rechte für die Handelsperiode 2005 – 2007, in Millionen

Eisen-/Stahlindustrie	101,1
Raffinerien	73,3
Zementindustrie	71,2
Kalk- und Zuckerindustrie	27,7
Papierindustrie	15,0
Glasindustrie	14,1
Keramikindustrie	7,5
Zellstoffindustrie	4,4
Energiewirtschaft	1 170,7
Gesamt	1 485,0

Quelle: Umweltbundesamt



„Als Umweltministerin halte ich es für erforderlich, die Energiepreise schrittweise anzuheben und so ein eindeutiges Signal zum Energiesparen zu geben.“

Angela Merkel im Jahr 1995

## CO<sub>2</sub>-Emissionen

energiebedingte Emissionen weltweit in Mrd. Tonnen



Quelle: DIW-Berlin

und diese bestimmen den Preis.

In den ersten beiden Jahren des CO<sub>2</sub>-Handels stieg der Preis pro Emissionszertifikat bis zum Frühjahr 2006 zunächst auf rund 30 €. Im Frühjahr 2006 wurde bekannt, dass EU-weit fast 100 Millionen Zertifikate mehr ausgegeben als benötigt wurden; allein in Deutschland standen 40 Millionen Zertifikate mehr zur Verfügung als notwendig. Der Preis sank auf 9,13 € (Stand: 12. Mai 2006). Aufgrund des Überangebots ist der Preis in den letzten Wochen weiter gesunken. Er liegt aktuell bei rund 95 Cent.

### Erfahrungen der ersten Handelsphase nutzen

Für die erste Handelsperiode haben sich alle Marktteilnehmer mit Zertifikaten eingedeckt, deshalb werden kaum noch CO<sub>2</sub>-Zertifikate nachgefragt. Diese Entwicklung ist umweltpolitisch problematisch, denn wenn Verschmutzungsrechte relativ günstig gekauft werden können, fehlt der Anreiz für klimaschützen-

de Investitionen oder zum Energiesparen.

### CO<sub>2</sub>-Reduktion in weiter Ferne?

Aus globaler Sicht erscheint diese Zwischenbilanz besonders negativ. Die 15 im Kioto-Protokoll genannten EU-Staaten haben statt der vereinbarten acht Prozent bisher erst 1,2 Prozent ihrer CO<sub>2</sub>-Minderung erreicht (Stand: Ende 2005). Auch gibt es eine große Spannweite: Während einige EU-Staaten – darunter auch Deutschland – auf gutem Weg sind, ihre Zusage einzuhalten, ist die Mehrzahl der EU-Länder – darunter Belgien, Österreich und Luxemburg – noch weit von einer spürbaren CO<sub>2</sub>-Senkung entfernt.

Die Ende 2007 auslaufende erste Phase des Emissionshandels hat wertvolle Erkenntnisse zutage gefördert, die in der nächsten Phase eigentlich genutzt werden sollte. Vor allem müsste die Art und Weise der Zuteilung optimiert werden.

Die erste Handelsphase zeigt, dass die Zahl der Zertifikate zu großzügig bemessen war. Das Überangebot ließ den Preis für die Rechte purzeln, der erhoffte Handel hat nur verhalten stattgefunden. Die Möglichkeit, sich preisgünstige Emissionsrechte zu kaufen, hat die Stilllegung alter Anlagen und Investitionen in neue Technologien unnötig gemacht.

Besonders zu bemängeln ist, dass die Verschmutzungsrechte ausschließlich nach Bedarf der eingesetzten Technologien zugeteilt wurden: Kohlekraftwerke emittieren doppelt so viel CO<sub>2</sub> je Kilowattstunde wie Gaskraftwerke. Deshalb erhielten die Betreiber von Kohlekraftwerken auch doppelt so viele Verschmutzungsrechte. Umweltpolitisch besser wäre, solche Unternehmen bei der Zuteilung nicht zu bevorzugen und sie dadurch schneller zu Investitionen in neue Technik zu bewegen.

Die reichlich bürokratische Vergabepaxis der ersten Phase hat dazu geführt, dass eine Fülle von Sonderregelungen geschaffen wurden. Es gab Übertragungs-, Kompensations- und Optionsregeln – alles in allem mehr als 50 Ausnahmen und Regelkombinationen. Dadurch mutierte das im Prinzip einfache System des Emissionshandels zu einem Tummelplatz für Spezialinteressen. Für die zweite Phase hat die EU-Kommission jede nachträgliche Korrektur der Zuteilung explizit untersagt. Das lässt hoffen.

Dass sich Klimaschutzziele allein über den Handel mit Emissionsrechten erreichen lassen, kann niemand erwarten. Viele CO<sub>2</sub>-Emittenten nehmen überhaupt nicht am Emissionshandel teil, zum Beispiel private Haushalte, Autofahrer, Luftfahrtgesellschaften oder mittelständische Betriebe. Auch sie müssen zum Klimaschutz beitragen.

Andreas Schirmer

### Energiebedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen 2005

	CO <sub>2</sub> -Ausstoß (in Mio. Tonnen)	Veränderung gegenüber 1990*	Verpflichtung gemäß Kioto-Protokoll
USA	5 987	+ 20 %	nicht ratifiziert
China	4 770	+108 %	-
Russland	1 559	- 23 %	-
Japan	1 294	+ 14 %	- 8,0 %
Indien	1 123	+ 88 %	-
Deutschland	865	- 16 %	- 21,0 %
Italien	490	+ 13 %	- 6,5 %
Südkorea	473	+ 109 %	-
Australien	385	+ 38 %	nicht ratifiziert
Spanien	369	+ 62 %	+15,0 %
Türkei	259	+ 85 %	-
Niederlande	184	+ 16 %	- 6,0 %
Tschechien	128	- 22 %	- 8,0 %

\* Bezugsjahr des Kioto-Protokolls

Quelle: DIW Berlin



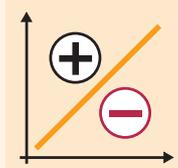
„Nur in wirtschaftlichen Dingen hält sich jeder für einen berufenen Fachmann und berechtigt, arglos jahrhundertealte Holzwege zu wandeln und mit Unbefangenheit sein allerpersönlichstes – wirtschaftliches oder ideelles – Interesse für aller Weisheit höchsten Schluss zu erklären“.

Joseph Alois Schumpeter, österreichischer Nationalökonom

## IM KLARTEXT

März 2007

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im März 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

**Vollbeschäftigung** ⊖  
Bundesregierung und Wirtschaft haben den Ausbildungs-pakt verlängert: In den kommenden drei Jahren sollen jährlich 60 000 neue Lehrstellen angeboten werden, doppelt so viele wie bei der bisherigen Verpflichtung. Zudem ist geplant, 30 000 Betriebe in allen Branchen, die bisher nicht ausgebildet haben, für eine Ausbildung zu gewinnen.

Es dürfte nicht allzu schwer fallen, die auf den ersten Blick ehrgeizigen Vorgaben zu erfüllen. Bereits 2006 wurden dank guter Konjunktur knapp 68 000 zusätzliche Lehrstellen eingerichtet und 33 000 neue Betriebe von einem Lehrstellen-Engagement überzeugt. Die Gesamtzahl der Ausbildungsverträge wuchs aber weit weniger: von 557 600 im

### Ausbildungspakt

zusätzlich eingeworbene Lehrstellen

2004	59 500
2005	63 400
2006	67 900
2007 bis 2009	jeweils 60 000

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Jahr 2003 – vor dem Start des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ – auf 576 200 im vergangenen Jahr.

Die beachtliche Leistung hat bei Weitem nicht ausgereicht, alle Bewerber mit Lehrstellen zu versorgen: Von 736 000 Bewerbern blieben im vergangenen Jahr rund 390 000 ohne Ausbildungsplatz. 150 000 von ihnen waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht ausbildungsreif und wechselten in berufsvorbereitende Maßnahmen der BA. Die übrigen 240 000 haben sich für Warteschleifen an weiterführenden Schulen, in Jobs oder an Universitäten entschieden. Derzeit sind vom laufenden Ausbildungsjahrgang immer noch 17 400 Jugendliche unversorgt.

### Geldwertstabilität

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten und mehrere „Nullrunden“ bei der Rentenanpassung haben dazu geführt, dass die realen Renten seit 1996 gesunken sind. Auch

### Rentenanpassung

	alte Bundesländer	neue Bundesländer
2000	0,60 %	0,60 %
2001	1,91 %	2,11 %
2002	2,16 %	2,89 %
2003	1,04 %	1,19 %
seit 2004	0,00 %	0,00 %

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

die staatliche Förderung der privaten Vorsorge – Stichwort Riester-Rente – lässt nicht erwarten, dass sich die finanzielle Lage der Rentner bessert. Bisher sind es überwiegend jüngere Beschäftigte bis 40 Jahre und Beschäftigte mit einem Nettoeinkommen von 1 600 € und mehr, die eine Riester-Rente abgeschlossen haben. Erwerbslose und Geringverdiener können sich eine private Altersvorsorge nicht leisten.

### Eigenverantwortung

In Deutschland wird Selbständigkeit nach wie vor nicht aus Überzeugung, sondern aus der Not heraus geboren: Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich oft An-

lass für eine Unternehmensgründung: Drei von zehn Gründern im Jahr 2006 bezeichneten drohende Arbeitslosigkeit als Triebfeder für ihre Selbständigkeit. Im internationalen Vergleich wird dieses Motiv nur bei jedem zehnten Gründer genannt.

Der Rückgang bei den Gründungsvorhaben von 5,4 Prozent im Jahr 2005 auf 4,2 Prozent im Jahr 2006 liegt vor allem an den leicht verbesserten Beschäftigungs-Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine bedeutende Ursache für die mangelnde Gründungsbereitschaft in Deutschland ist dem „Global Entrepreneurship Monitor 2006“ zufolge die mangelnde Wertschätzung für Selbständigkeit in Gesellschaft und Politik.

### Gründer

Anteil Unternehmensgründer an der Gesamtbevölkerung

2002	3,3 %
2003	3,5 %
2004	3,4 %
2005	5,4 %
2006	4,2 %

Quelle: Global Entrepreneurship Monitor

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: CDU; dpa - Bildarchiv  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*